

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
06/2012*



PAR
LAM
ENT
SM
AIL

Liebe FreundInnen!

Anbei wieder aktuelle Informationen direkt aus dem SPÖ-Klub im Parlament.

Themen der 159. und 161. Sitzung des Nationalrats waren unter anderem das Transparenzgesetz, die Euro-Krise, der ESM-Vertrag und das Bildungsvolksbegehren.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 13. und 14. Juni trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum **Transparenzgesetz**. Es folgte eine **Erklärung** des Sozialministers zum österreichischen Arbeitsmarkt. Behandelt wurden Vorlagen des Bautenausschusses, des Innenausschusses, des Landesverteidigungsausschusses und des Land- und Forstwirtschaftsausschusses. Am Nachmittag wurde im Rahmen der Behandlung einer Dringlichen Anfrage die „Eurokrise“ diskutiert. Am Donnerstag standen die Ergebnisse der Behandlung des Bildungsvolksbegehrens auf der Tagesordnung. Danach widmete sich der Nationalrat Vorlagen aus dem Petitions- und Rechnungshofausschuss und debattierte über Abwahlmöglichkeiten von Nationalratspräsidenten und über den Europäischen Rettungsschirm (ESM).

Der **Mittwoch** startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum **Transparenzgesetz**. Bundeskanzler **Werner Faymann** betonte, dass das Transparenzpaket helfen soll, das **Vertrauen der Menschen in die Politik zu stärken**. „Wir wollen bis zum 1. Juli ein Gesetz verabschieden, von dem man sagen kann, dass wir die richtigen Konsequenzen gezogen und ein in Europa vorbildliches Parteientransparenzgesetz beschlossen haben“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann. "Wir sind bisher in den Verhandlungen auf einem guten Weg. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam ein gutes Ergebnis erreichen können. Damit stellen wir unter Beweis, dass künftig gegen jede Art von Korruption vorgegangen wird."

Es folgte eine **Erklärung** des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, **Rudolf Hundstorfer**, zum Thema „**Österreichs Arbeitsmarkt im europäischen Kontext – In Wachstum und Beschäftigung investieren**“. Hundstorfer betonte, dass Österreich bei der Schaffung von Arbeitsplätzen weit voran ist. Drei Jahre nach der größten internationalen Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren und mitten in den nach wie vor unsicheren Zeiten der europäischen Finanzkrise kann Österreich als eines der ganz wenigen Länder mit **Beschäftigungsrekorden** aufwarten.

Österreich hat mit **Konjunkturpaketen** und einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** richtig auf die Krise reagiert und konnte rund 100.000 Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen. Einmal mehr ist deutlich geworden, dass ein **ausgebauter Sozialstaat** in Kombination mit einer **effizienten Wirtschaftspolitik** das **beste Mittel gegen konjunkturelle Risiken** darstellt. Der Arbeitsminister verwies darüber hinaus auf die **750 Millionen Euro**, die in den nächsten vier Jahren **zusätzlich für aktive**

arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden vor allem zur Unterstützung von jugendlichen und älteren Arbeitskräften genutzt. Angesichts der sehr guten Beschäftigungsentwicklung sollten auch in den nächsten Jahren zahlreiche neue Arbeitsplätze in Österreich entstehen.

Am Nachmittag wurde im Rahmen einer **Dringlichen Anfrage** von Seiten der Freiheitlichen die Situation im **Euroraum** diskutiert. **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** mahnte gemeinsame **Lösungsstrategien** und eine **differenzierte Debatte** ein und hielt fest, dass bloßes Sparen nicht zum Ziel führt. Es braucht Wachstumsperspektiven mit Optimismus und Investitionsbereitschaft. Österreich hat, hat und wird auch nach wie vor einen großen **Nutzen von der Europäischen Union** haben.

Eine **halbe Million Arbeitsplätze** in Österreich ist von der Exportwirtschaft abhängig. Wir sind mit acht Millionen Einwohnern davon abhängig, dass wir eingebettet sind in einen **funktionierenden Wirtschaftsraum**. In diesem Wirtschaftsraum wollen wir unter Wahrung der sozialen Errungenschaften wie Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem **wettbewerbsfähig** sein mit Ländern wie den USA, China und anderen aufstrebenden Staaten. Cap forderte auch Regularien für die Finanzwelt. So müsse die internationale Gemeinschaft **Druck auf Steueroasen** machen, es brauche eine effizientere Bankenaufsicht sowie Finanzmarktregeln mit einem Verbot bestimmter Finanzmarktprodukte.

Der Donnerstag startete mit einer **Fragestunde** an die Justizministerin. Es folgte eine heftige **Geschäftsordnungsdebatte**. FPÖ und BZÖ kritisierten, dass die Regierungsfractionen gemeinsam mit den Grünen die Erste Lesung einer Geschäftsordnungsnovelle, die durch die Umsetzung des **Europäischen Rettungsschirms (ESM)** notwendig wird und die wichtige **Mitwirkungsrechte des Parlaments** definiert, auf die Tagesordnung setzte. Die Regierungsfractionen betonten die Bedeutung der Novelle für die Stärkung des Parlamentarismus. Darüber hinaus wird die Novelle ausführlich im Hohen Haus diskutiert. Die Erste Lesung der Veränderungen der Geschäftsordnung ist lediglich der Auftakt für die weitere Behandlung.

Dann standen die Ergebnisse der parlamentarischen Behandlung des **Bildungsvolksbegehrens** auf der Tagesordnung. SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** unterstrich in der Debatte, dass es kein Ende der Behandlung der Themen des Bildungsvolksbegehrens im Parlament geben wird, sondern eine Fortsetzung, die zu konkreten Gesetzesbeschlüssen führen soll.

In einer **Kurzdebatte** wurden **Abwahlmöglichkeiten von Nationalratspräsidenten** diskutiert. SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** plädierte dabei für die Schaffung einer **Abwahlmöglichkeit** des ersten, zweiten oder dritten Nationalratspräsidenten. Der Antrag selbst muss dabei nach dem SPÖ-Modell von **mindestens einem Drittel der Abgeordneten schriftlich unterstützt** werden und ist dem **Hauptausschuss** zur Vorberatung zuzuweisen. Die Abwahl im Plenum soll dann nur mit Zustimmung von **zwei Drittel der Mitglieder des Nationalrates** bei

Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Nationalrates möglich sein. Darüber hinaus gibt es **inhaltliche Voraussetzungen**, die dem Beispiel des Verfassungsgerichtshof-Gesetzes folgen: "Der jeweils abzuwählende Präsident muss durch sein Verhalten im oder außer dem Amte der Achtung und des Vertrauens, die sein Amt erfordert, unwürdig gezeigt haben." Diese Voraussetzung ist in einem Abwahantrag schriftlich zu begründen.

Die wichtigsten Beschlüsse

Volksbegehren "Bildungsinitiative" hat Schwung in die Bildungsdebatte Österreichs gebracht([1647/1793 d.B.](#))

Zur Beratung des **Volksbegehrens „Bildungsinitiative“** (383.724 UnterzeichnerInnen) wurde ein **„Besonderer Ausschuss“** des Nationalrates unter dem Vorsitz von SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer eingerichtet. Die 12 Punkte der Forderungen wurden in drei ganztägigen Sitzungen in 5 Themenblöcken unter Beiziehung der Bevollmächtigten des Volksbegehrens, zahlreicher ExpertInnen und BundesrätInnen diskutiert. **Noch nie wurde ein Volksbegehren derart breit und ausführlich im Parlament behandelt.** Die UnterzeichnerInnen des Volksbegehrens fordern „mittels bundes(verfassungs)gesetzlicher Regelung ein **fares, effizientes und weltoffenes Bildungssystem**, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2 % des BIP bis 2020“ sicherzustellen. Zu diesen Forderungen des Bildungsvolksbegehrens wurde eine Reihe von **Entschließungsanträgen** eingebracht. Darüber hinaus will die SPÖ zu weiteren konkreten Gesetzesbeschlüssen kommen.

Strengere Regeln für die Vergabe von Diplomatenpässen – Novelle des Passgesetzes([1649 d.B.](#))

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen wurden die neuen, **strengeren Regeln** für die Vergabe von **Diplomatenpässen** beschlossen. Künftig sollen nur mehr Regierungsmitglieder – aber nicht mehr ihre Angehörigen –, der Bundespräsident und Diplomaten (mit Angehörigen) Diplomatenpässe bekommen. Auch die **Abgeordneten, die für die Republik im Ausland unterwegs** sind, werden diese Dokumente erhalten. Verzichten müssen künftig die Präsidenten und Vize der Höchstgerichte, der Rechnungshofpräsident und die Volksanwälte. Damit wird dem Usus, einem weiten Personenkreis einen Diplomatenpass zur Verfügung zu stellen, wovon in der Vergangenheit etwa auch Karl-Heinz Grasser und Alfons Mensdorff-Pouilly profitierten, ein Riegel vorgeschoben.

Änderung des Wehr- und Waffengesetzes schafft Klarheit bei Schießveranstaltungen ([1794 d.B.](#))

Die Novelle zum Waffengesetz schafft Klarheit für Private bei Schießveranstaltungen des Bundesheeres gemeinsam mit zivilen Partnern – wie zum Beispiel Schützenvereinen. Außerdem wurde eine Kennzeichnungspflicht für ausgemustertes Kriegsgerät in privater Hand eingeführt.

Novelle zum Schutz von Wasser und internationalen Seen ([1790 d.B.](#))

Bei dieser Novelle handelt es sich um eine Änderung des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen. Die Liste der Länder, die diesem internationalen Übereinkommen beitreten, wird erweitert. Ziel ist der Schutz des Wassers, die Vermeidung von Umweltverschmutzung, eine verbesserte Kontrolle und die Einschränkung von grenzüberschreitenden Belastungen.

Beibehaltung des österreichischen Gentechnik-Anbauverbotes ([1791 d.B.](#))

Ein Fünf-Parteien-Antrag, der den Landwirtschaftsminister auffordert, sich auch weiterhin für die Beibehaltung der Gentechnik-Anbauverbote auf EU-Ebene einzusetzen. Außerdem soll das Vorsorgeprinzip in der europäischen Lebensmittelsicherheitspolitik konsequent angewandt werden.

Behandelte Berichte

Baukultur geht uns alle an - Österreichischer Baukulturreport 2011 (III-313/[1797 d.B.](#))

Der Österreichische Baukulturreport 2011 ist der zweite seiner Art nach jenem 2006. Im Gegensatz zum ersten – der eine breite umfassende Bestandsaufnahme des Planungs-, Bau- und Architektursektors beinhaltete – hat der Baukulturreport 2011 einen anderen Zugang gewählt. Drei ausgewählte Schwerpunktthemen: Nachhaltigkeit, Bürgernähe und Kompetenz schaffen einen kompakten, zielgruppengerechten und verständlichen Bericht mit zahlreichen best-practice-Beispielen. Der Bericht beinhaltet 45 Empfehlungen der Autoren an Bund, Länder und Gemeinden. Schwerpunkte liegen dabei auf Fragen der Kompetenzverteilung, nachhaltigem Bauen – insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen des Klimawandels –, Maßnahmen zur thermischen Sanierung, der Darstellung der Lebenszykluskosten und Überlegungen zur ökonomischen Nachhaltigkeit von Gebäuden. Darüber hinaus werden der Schulbau und die Baukulturvermittlung näher thematisiert.

Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen ([1795 d.B.](#))

Der vorliegende Sammelbericht gibt einen Überblick über die im Ausschuss behandelten BürgerInnenanliegen und umfasst diesmal insgesamt 20 Petitionen und 4 Bürgerinitiativen. Zu den Anliegen der BürgerInnen wurden meist Stellungnahmen der zuständigen Bundesministerien eingeholt. Auf Basis dieser Fachauskünfte konnte zum einen die Erledigung durch Kenntnisnahmen erfolgen, zum anderen wurden Anliegen wie etwa die Bürgerinitiative betreffend „Stopp die Vorratsdatenspeicherung“ an den jeweiligen Fachausschuss (im erwähnten Fall an den Justizausschuss) zur inhaltlichen Beratung zugewiesen.

Rechnungshofberichte zu Klima- und Energiefonds und militärische Vertretungen im Ausland (III-230/[1798 d.B.](#))

Der Bericht besteht aus 8 Teilberichten, 2 davon – zum Klima- und Energiefonds und zu den militärischen Vertretungen im Ausland - wurden im Nationalrat behandelt. Der Klima- und Energiefonds soll dazu beitragen, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die militärischen Vertretungen im Ausland wurden in den letzten Jahren von Verteidigungsminister Darabos den aktuellen internationalen Erfordernissen angepasst sowie Effizienz und Qualität gesteigert.

Parlamentsrede vom 14.12.2011

Rede zur Situation in der Eurozone

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Frau Ministerin Fekter, bevor ich zur eigentlichen Debatte komme, möchte ich Ihnen für Ihre klaren frauenpolitischen Aussagen (*Bundesministerin Dr. Fekter: Eben!*) am Beginn der Debatte danken. (*Beifall bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.*) Die permanenten frauenverachtenden und sexistischen Aussagen von einigen Abgeordneten des BZÖ sind tiefste Schublade und dieses Hauses nicht würdig. Das möchte ich einfach hier sagen. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP. – Abg. Ing. Westenthaler: Fekter sagt, sie ist der einzige Mann in der Regierung, und Sie sagen, wir sind sexistisch?! – Abg. Mag. Wurm: Er hat es noch nicht begriffen!*) – Es ist sinnlos beim Herrn Westenthaler. (*Weitere Zwischenrufe beim BZÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen, vor denen wir in Europa stehen, sind zahlreich, sind sehr kompliziert und nur schwer überschaubar. Und dazu tragen sicherlich auch die unterschiedlichen und widersprüchlichen Nachrichten bei, mit denen wir täglich konfrontiert sind. Aber eines ist, glaube ich, nicht hilfreich – oder, besser gesagt, ich bin sicher, dass es nicht hilfreich ist –, nämlich die Angstmache, die die FPÖ betreibt. Sie trägt letztendlich

wesentlich zur Verunsicherung der Bevölkerung bei und bringt keine Lösung. Das ist verantwortungslos und das ist leichtfertig, meine Damen und Herren.

Die Frage ist: Wie wollen wir mit diesen schwierigen Herausforderungen umgehen? Und die Verlockung ist natürlich groß, mit einem verklärten Blick in die Vergangenheit zu schauen, und dabei wird dann gern übersehen, dass die Welt sich in den letzten 17 Jahren, also seit wir bei der EU sind, wesentlich verändert hat und unwiderruflich verändert hat. Die europäischen Länder, und erst recht ein wirtschafts- und exportorientiertes Land wie Österreich, sind heute in ein so verflochtenes Gebilde eingebunden, wie es in dieser Stärke noch nie vorhanden war. Und in diesem konkurrieren wir mit Märkten wie China, Indien, Brasilien oder Südkorea.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir unter diesen neuen Voraussetzungen unsere Eigenständigkeit, aber auch unsere wirtschaftliche Stärke und unser hochwertiges Sozialsystem erhalten wollen, können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern verhandeln und Lösungen suchen.

Ein Blick auf die Wirtschaftszahlen zeigt außerdem, dass Österreich seit seinem Beitritt zur EU wie kaum ein anderes Land von der Gemeinschaft profitiert hat. Die Zahlen sind Ihnen ja bekannt. Laut Angaben des WIFO bringt die EU Österreich jährlich 21 000 neue Arbeitsplätze. Die EU hat also wesentlich zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Der Grund hierfür liegt auch darin, dass wir unsere Exporte in die übrigen EU-Länder seit dem Beitritt verdreifachen konnten – verdreifachen, meine Damen und Herren! – auf heute 70 Prozent. Damit sichern wir Arbeitsplätze von bis zu einer Million Österreichern und Österreicherinnen. Und anders als Sie in Ihrer Anfrage behaupten, profitieren wir in Österreich seit dem Euro auch von einer deutlich niedrigeren Inflation.

Diese Daten machen noch einmal klar, wie wichtig es für uns ist, wie wichtig es für Österreich ist, dass der Euro erhalten bleibt und dass wir auch die EU als Gesamtes erhalten. Das heißt, es hilft nicht der Blick nach hinten, in die Vergangenheit, sondern es nützt nur ein klarer und nüchterner Blick nach vorne. *(Präsident Neugebauer übernimmt den Vorsitz.)*

Die Probleme der Euro-Zone liegen aber vor allem in ihren zähen, langwierigen und intransparenten Entscheidungsstrukturen. Sie hindern die Eurozone daran, schnell und eindeutig auf wirtschafts- und finanzpolitische Ereignisse reagieren zu können und Vertrauen untereinander, aber auch zu unseren Wirtschaftspartnern zu erzeugen.

Was wir daher dringend brauchen, ist eine umfangreiche Reform der EU. Dieser Ansicht sind auch die Experten, die Sie in Ihrer Anfrage zitieren.

Wir brauchen eine bessere, eine stärkere Zusammenarbeit, und das tun wir auch. Wir arbeiten mit aller Sorgfalt an einer stärkeren Unabhängigkeit von den Finanzmärkten mit Hilfe des ESM. Wir arbeiten an einem umfangreichen Wachstums- und

Beschäftigungspaket, das Arbeitsplätze sichern soll. Wir arbeiten an einer Reform des europäischen Banken- und Finanzwesens mit einer Finanztransaktionssteuer und einer besseren Kontrolle im Kern dieser Arbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, daran arbeiten wir mit Nachdruck zum Wohle der Menschen in unserer Heimat. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Pressemeldungen:

[Nationalrat - Muttonen : Österreich hat wie kaum ein anderes Land von der europäischen Gemeinschaft profitiert](#) (13. Juni 2012)

[Muttonen : Eurobonds umfassend diskutieren](#) (05. Juni 2012)

[Muttonen fordert umfassende Wachstums- und Beschäftigungsstrategie](#) (22. Mai 2012)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien